

# Volkswacht

für Schlefien

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlag: Verlagsgesellschaft für den Ostpreußen- und Danzigerbezirk, Breslau 2

Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion: Ring 9142  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9142  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: 10 Zeilen für 14 Tage 100 Pf. (1000 Wörter) für den Ostpreußen- und Danzigerbezirk, 120 Pf. für den Rest des Reichs. Einzelnummern 10 Pf. (1000 Wörter). Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Ringstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Preußentabinet Brauns-Severing?

### Wahl des preussischen Ministerpräsidenten am Freitag.

Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten wird am Freitag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Reichstagsgebäude in Berlin abgehalten. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist die wichtigste Angelegenheit der preussischen Landesversammlung.

### Haltung des Zentrums.

Das Zentrum hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

### Ein Zentrumsmann Ministerpräsident

Das Zentrum hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

### Stimmig fand folgende Entschließung Annahme:

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Die im Reichstag versammelte Reichspartei hat sich für die Wahl des Ministerpräsidenten Brauns entschieden. Die Partei ist sich einig, dass Braun die beste Wahl für die preussische Bevölkerung ist.

Dabei sind diese Wahlen erst unter dem Eindruck der Bildung des Reichstages vorgenommen worden, noch nicht unter der Wirkung seiner „Taten“!

### Das angebliche Garantie-Vertrags-Angebot Luthers an Frankreich.

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Berliner Meldung der „Information“ soll die französische Botschaft in Berlin von der Absicht der deutschen Regierung, Frankreich einen Garantievertrag anzubieten, bereits offiziell unterrichtet worden sein. Das Blatt will dazu weiter erfahren haben, dass dieser Vertrag sich nicht nur, wie man ursprünglich in Paris angenommen habe, auf die deutsche Westgrenze, sondern auch auf die Ostgrenze beziehen, was nach Auffassung maßgebender Politiker den ersten ernsthaften Schritt zum Frieden darstellen würde.

Der französische Botschafter, der bisher von seiner Regierung keinerlei Instruktionen erhalten habe, soll nach derselben Quelle den Plan skeptisch beurteilen. Er habe geäußert, dass, wenn Deutschland wirklich seinen guten Willen beweisen wolle, ihm Gelegenheit dazu durch Annahme des bisher von ihm abgelehnten Artikels 15 des Genfer Protokolls geboten sei.

In unbestimmter Form ist die Nachricht über ein solches Angebot des Kabinetts Luthers-Stresemann-Schleier bereits vor etwa einer Woche durch die Presse gegangen. Da schon die Regierung Cuno den Franzosen einen ähnlichen, nicht ganz so weitgehenden Vorschlag gemacht hatte, klinge die Meldung nicht ganz unwahrscheinlich, wenn auch ihre Bewätigung nach der neuen Pariser Meldung abzuwarten bleibt. Eine Garantierung der Grenzen des Versailler Vertrages im deutschen Westen und Osten (!) durch den Vertragsabschluss einer Rechtsblockregierung wäre so ungefähr das äußerste Gegenteil der deutschnationalen Forderungen für die „Zerstückung“ dieses Vertrages. Die französischen Bedenken dürften aus der Nichtbeteiligung Englands an dem deutschen Vorschlag entspringen.

### Der Entwaffnungsbericht der Kontrollkommission verzögert.

Nach dem „Polit Parisien“ wird die Uebergabe des endgültigen Berichtes der interalliierten Kontrollkommission an die Botschafterkonferenz erst in einem Monat erfolgen. Diese Verzögerung rühre lediglich daher, dass gewisse Missverständnisse der Kontrollkommission, die zur Abfassung des Berichtes nötig seien, noch nicht abgeklärt sind. In ihrer Antwort auf die letzte deutsche Note betreffend die Nichtumarmung der Kölner Zone werde die Botschafterkonferenz von neuem darauf hingewiesen, dass die vollständige Umstellung der deutschen Verhältnisse dem Reich nicht übergeben werden werde, ehe die Alliierten den endgültigen Bericht der Kontrollkommission erhalten hätten. Hinsichtlich der deutschen Argumente gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone werde sich die Antwort der Botschafterkonferenz auf die Erklärung beschränken, dass die Meinung der Alliierten von der Reichsregierung abzuweichen.

### Die Deutschen Nazifisten sind auch beim ausländischen Militarismus unbeliebt.

Die belgische Regierung hat dem deutschen Nazifisten van Gerlach für seinen Bräufel Vortrag die Erlaubnis zur Benutzung des großen Palastsaales auf Weisung der militärischen Behörde wieder entzogen. Dieser Bräufel bedeutet eine Kapitulation der Regierung vor jenen Kreisen, die in der ersten Nachkriegszeit die rheinischen Federalisten als Weltwunder nach Brüssel brachten und ihnen zubekamen. Der belgische Abgeordnete Hierard wird bei der Regierung in dieser Frage interpellieren. Der Vortrag Gerlachs findet nämlich im Verbandssaal des belgischen Gewerkschaftsbundes statt.

### Freispruch im „Oberland“-Prozess.

München, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Schwurgerichtsprozess gegen Dr. Weber und Genossen wegen Fortführung des seit dem Hitler-Tödtchen verbotenen Bundes „Oberland“ gerichtet heute der Vorsitzende des Urteils. Die angeklagten Personen sind Dr. Friedrich Weber, Generalmajor a. D. Richter und Dr. Friedrich Weber werden von der Anklage des Verstoßes gegen die Verordnung des normalisierten Generalstaatskommissars freigesprochen. Der Schwaben- und Württemberg-Bund habe zwar im ganzen gleiche Ziele wie „Oberland“, im einzelnen jedoch andere Ziele. Die Leitung des Schwaben- und Württemberg-Bundes betrug wurde, um den „Oberland“-Gedanken wachzuhalten, und der Teil der ehemaligen „Oberländer“ in ihn eingetreten sei, zeige sich bei der Zusammenkunft der Freispruch hier angeführt des einflussreichen Schwaben- und Württemberg-Bundes als merkwürdige Begegnung. Die Angeklagten für ihre Tätigkeit der politischen Kampagne für die Angeklagten bei den letzten Gewerkschaften gewesen sein. Jedenfalls sei es auf, dass General Richter nach auf der Anklagebank vor drei der Schwaben und Württemberg-Bund freigesprochen wurde.

## Die Preußenpolitik der „Weltrevolutionäre“.

Die Kommunisten als Handlanger der Junker.

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Das preussische Kabinet Braun ist zurückgetreten, obwohl es verfassungsrechtlich nicht dazu gezwungen war. Denn es war der gesamten Opposition nicht gelungen, mehr als die Hälfte sämtlicher nach der Verfassung für ein Mißtrauensvotum erforderlichen Stimmen des Landtags — das sind in diesem Landtag 226 — zusammenzubringen. Der Rücktritt ist, wie sich auch der Ministerpräsident in dem Schreiben an den Landtagspräsidenten richtig ausdrückt, lediglich erfolgt, weil das Kabinet bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen eine ernsthafte Arbeit nicht mehr für möglich hielt. Die einzelnen Mißtrauensanträge ergaben, nachdem der kommunistische Mißtrauensantrag mit Stimmengleichheit abgelehnt war, für die deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen unsere sozialistischen Minister Mehrheiten von je drei Stimmen.

Den Ausschlag für diese Mehrheiten haben die Kommunisten gegeben. Daß die Rechte einschließlich der Deutschen Volkspartei geschlossen für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmten und feierlich auch seine „weltrevolutionäre“ Begründung dabei mit in Kauf nehmen würde, konnte man voraussehen. Der Reaktion bedeute das Ziel, der Sturz des verhassten Kabinetts Braun, alles — die Mittel und Methoden waren ihr darüber völlig gleichgültig.

Sie handelten dabei mit, der den rechtsstehenden Parteien im Reich und in Preußen eigenen eisernen Folgerichtigkeit; wußten sie doch, daß der Sturz des Preußentabinetts eine der Voraussetzungen ihrer Herrschaft und daß eine Lösung, wie sie sich etwa die Kommunisten denken konnten, völlig ausgeschlossen sei. Wenn sie für den kommunistischen Antrag stimmten und seine Begründung dabei schlußten, so handelten sie lediglich nach ihrem eigenen Urteil.

Anders ist es zu beurteilen, wenn die Kommunisten nach Ablehnung ihres Mißtrauensantrages geschlossen für den deutschnationalen Antrag stimmten. Die deutschnationalen Anträge richteten sich allein gegen die sozialistischen Minister des Preußentabinetts, gegen die Genossen Braun, Severing und Siering. Die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts blieben aus taktischen Gründen aus dem Mißtrauensantrage heraus. Die Kommunisten spielten auch dieses Spiel der Deutschnationalen mit. Sie erwiesen sich nicht mehr allein als ihre treuen Bundesgenossen und selbstlosen Helfershelfer, in dem politischen Trauerpiel, das die Deutschnationalen, die Volksparteiler, die Nationalsozialisten und die Wirtschaftsparteiler zum größten Schaden des deutschen Reichs und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft seit Monaten aufzuführen belieben, sondern als ihre untertänigsten Lakaien, deren Rolle in diesem Spiel darauf beschränkt ist, die Befehle der Herren von rechts auszuführen und zum Dank dafür Fußtritte einzuhämmern. Denn jedem politisch denkenden Kommunisten mußte es klar sein, daß bei den heutigen Machtverhältnissen auch in Preußen nur zwei Möglichkeiten politischer Wirkens gegeben sind: entweder die Koalitionspolitik zwischen Sozialdemokraten und den Mittelparteien des Bürgertums oder die Regierung des Bürgerblocks unter Führung der Deutschnationalen und Führung des Zentrums. Dadurch, daß die Kommunisten das Kabinet Braun mit haben stürzen helfen, haben sie bewußt, so weit es auf sie ankam, eine Regierung der Rechten in Preußen vorbereitet.

Die Kommunisten sind stolz darauf, sich als eine Arbeiterpartei zu bezeichnen. Was in Wirklichkeit daran Wahres ist, haben schon die politischen Vorgänge während des verflochtenen Reichstags bewiesen, die uns ein ständiges Zusammenwirken der äußersten Linken mit den reaktionärsten Elementen des Bürgertums gezeigt haben. Die jüngsten Ereignisse im Preußenhause bekräftigen abermals den unreaktionären Charakter der kommunistischen Partei, den nicht vergeblich hinter revolutionären Wortstellungen zu verbergen trachtet. Die Kommunisten haben ein Kabinet gestürzt, in dem von acht Ministern vier Arbeiter sind. Sie haben dem deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen die drei sozialistischen Reichsminister, die über drei Jahre lang verpfändet von dem wütenden Haß und der Paranoia des Reiches, antwort hatten, zur Annahme verholfen. Sie

### Wichtiges Ergebnis der Landtagswahl in Lippe.

Die Landtagswahlen wurden insgesamt 87 800 gültige Stimmen entfallen auf die Sozialdemokraten 30 144 (am 7. Dezember 1924), Deutsch-Nationalen und Deutsch-Völkische 22 258 (am 7. Dezember 21 871 und 2800), Deutsche Volkspartei und 13 817, Demokraten 7 115, Freie Demokraten (Christlicher Verein) 4 551, Kommunisten 3 649, Wirtschaftliche Zentrum, Bau- und Grundbesitzer, Hypothekendarleher und 5 570. Auf die eigene Seite der Nationalsozialisten kamen. Es erhalten Sozialdemokraten 8 (vorher 8), Nationalen 6 (vorher 6), davon ein vollständiger Sitz, Volkspartei 3 (vorher 4 und 1 Zentrum), und die übrigen 2 Sitz, mit Ausnahme des letzten Wahlbezirks, der von der Volkspartei gewonnen wurde. Die Demokraten haben vorher 2 Sitze, durch die Wahlen der Lippe des Gewerkschafts ging ihm einer verloren.

Die Sozialdemokratie hat also seit den Dezemberwahlen bei dieser ersten Runde auf die Volkspartei wieder vier Sitze gewonnen, während die Reichsparteien Stimmen und die Volkspartei auch ein Mandat verlor.

haben einem Kabinett den Boden eben helfen, in dem die Todfeinde der Arbeiterschaft Sitz und Stimme haben würden.

Natürlich werden die Kommunisten erklären, daß sie ja auch für irgend eine andere Regierung nicht zu haben sein werden, sondern auch einer andersartig zusammengefaßten Regierung gegenüber in Opposition treten werden. Das entlastet sie jedoch von ihrer Verantwortung nicht im geringsten. In ihre Hand war die Entscheidung darüber gelegt, ob ein Kabinett, das bis dahin unter wesentlicher Mitwirkung der Sozialdemokratie zweifellos bedeutende Leistungen im Interesse der Republik und zum Nutzen der Arbeitnehmerschaft vollbracht hatte, weiter im Amt bleiben oder, falls sich die Versuche zu seiner Wiederaufrichtung als untauglich erweisen, durch ein arbeitserfreundliches und antirepublikanisches Rechtskabinett abgelöst werden sollte. Etwas drittes gab es nicht. Damit haben sich die Kommunisten durch ihre Abtunung ausdrücklich für die Rechte entschieden. Von dieser Tatsache und von der Verantwortung, die sie vor der Arbeitnehmerschaft für ihr Verhalten zu tragen haben, weißt sie keine Strafe und keine Baise rein.

Der Kommunist Ehrlich bedarf den Gehmaß, in der Landtagsitzung, nachdem die Abstimmung ungunsten von Braun ausgefallen war, einen Trauerkranz auf den Nagel unseres Genossen niederzulegen, der 3/4 Jahr preußischer Ministerpräsident gewesen ist. Das wiederholte Gelächter der Rechten und der Beifall auf dieser Seite des Hauses konnte die Kommunisten darüber belehren, welchen Kreisen sie durch solche Späße besondere Freude bereiten. In der Adresse haben sich freilich die Kommunisten bei dieser Huldigung sehr stark geirrt. Denn wer nach einer Zeit von so ungeheurer Schwere, wie sie die Jahre 1921 bis 1924 darstellen, aus dem Ministerium auszieht, dem braucht man persönlich wahrhaftig kein Beileid anzusprechen, sondern kann ihn nur herzlich beglückwünschen. Desto schwerer ist der heute noch unübersehbar Schaden, der politisch der deutschen Arbeiterbewegung aus diesem Vorgange erwächst. Wir fürchten, daß nicht nur wir, sondern auch ein Heer von vielen Hunderttausenden, die heute noch der kommunistischen Partei nachlaufen, solche Trauerkränze auf die Gräber so mancher Hoffnungen werden niederlegen müssen, deren Erfüllung sie irrtümlicherweise von der Politik der kommunistischen Partei erwartet hatten. Wenn die Verhängung der Beratung der kommunistischen Anwerbsanträge durch die Haltung der Kommunisten zur Regierungsfrage notwendig geworden ist, so ist das nur der erste jener Kadenschläge, die die kommunistische Partei durch Schuld ihrer Katastrophepolitik erhält. Der politische Anschauungsunterricht, den ein etwaiges Kabinett der Rechten auch in Preußen erteilen wird, wird hart, aber für die gesamte deutsche Arbeiterschaft ungemein lehrreich sein.

### Die Bevölkerungsbewegung in den preussischen Großstädten.

Straßen - Geburten - Sterblichkeit.

In der „Statistischen Korrespondenz“, dem amtlichen Publikationsorgan des Preussischen Statistischen Landesamtes, ist eine Übersicht über die Bewegung der Bevölkerung in den preussischen Großstädten im dritten Vierteljahr 1924 veröffentlicht, der die Statistische Preussische Provinzialverwaltung folgende Angaben entnimmt:

Das dritte Vierteljahr brachte für den Durchschnitt der preussischen Großstädte eine niedrigere Geburtenziffer als den gleichen Zeitraum 1913, 7,50 pro Tausend gegen 8,14 pro Tausend. Die Sterblichkeit im dritten Vierteljahr 1924 betrug 16,69 pro Tausend gegen 16,13 pro Tausend im dritten Vierteljahr 1913. Das dritte Vierteljahr 1924 war die Geburt sogar beträchtlich. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 1913 waren die Geburten in Breslau, Danzig, Königsberg, Königsberg, Posen, Danzig, Danzig und Königsberg im Berichtsquartal beträchtlich niedriger (10,11 pro Tausend, die niedrigste Zahl (8,30 pro Tausend), Preußen und Provinz stiegen also in die gleiche Provinz.

Bei der Geburtenziffer ergab sich für den Durchschnitt der Großstädte eine kleine Erhöhung (von 11,56 pro Tausend auf 15,12 pro Tausend im Berichtsquartal, von 17,72 pro Tausend auf 16,69 pro Tausend im Berichtsquartal). Im einzelnen hatten 16 Großstädte eine Ja-

nahme. 11 eine Abnahme der Geburtenziffer, die höchste Geburtenziffer hatte im Berichtsquartal Bielefeld (27,64 pro Tausend), die niedrigste Berlin (10,27 pro Tausend).

Die Sterblichkeit war im Durchschnitt der Großstädte beträchtlich gesunken, und zwar nicht nur im Vergleich zu den dritten Vierteln der Jahre 1913 und 1923, sondern auch zu den vorangehenden beiden Vierteljahren des Jahres 1924. Sie betrug unter Berücksichtigung der Größe der einzelnen Städte 9,74 pro Tausend, ohne Berücksichtigung der Größe der einzelnen Städte 8,74 pro Tausend, ohne Berücksichtigung der Größe der einzelnen Städte 7,74 pro Tausend, ohne Berücksichtigung der Größe der einzelnen Städte 6,74 pro Tausend. Die höchste Sterblichkeit hatte Halle a. S. (14,91 pro Tausend), die niedrigste Oberhausen (7,39 pro Tausend).

Die durchschnittlich etwas geringere Geburtenziffer und die höhere Sterblichkeit ergab einen erhöhten Geburtenüberschuß für den Durchschnitt der Großstädte; wie bisher lagen aber in den einzelnen Großstädten die Verhältnisse sehr verschieden.

### Aus dem Reich.

Die Einkommens-Rückgangsgrenzen herabgesetzt. Das Reichsarbeitsministerium hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen am 1. Dezember 1924 die Einkommensgrenzen des § 63 RVO (Rückgangsgrenzen bei gewissen Einkommen) herabgesetzt. Danach bleiben Monatsentnahmen aus öffentlichen Mitteln oder aus Vertriebsentnahmen bis zu 300 M. monatlich für verheiratete Versorgungsbedürftige ohne Kinder von der Rückgang vermindert; für jedes Kind, für das Versorgungsgebühren nach dem RVO gezahlt werden, erhöht sich die Einkommensgrenze um 50 Mark monatlich. In der Summe von 300 Mark sind aber sämtliche nach § 13 Abs. 1-7 und § 39 des Einkommenssteuergesetzes zulässigen Abzüge berücksichtigt. Für den folgenden Versorgungsbedürftigen ohne Kinder ist die rückgangsfreie monatliche Verdienstgrenze 300 Mark. Nähere Auskünfte erteilen die zuständigen Ortsgruppen des Reichsbundes oder die zuständigen Vorgesetzten.

Regierungstruppe nach Bremen. Die Verhandlungen um das Inkrafttreten einer großen Koalition in Bremen, die seit Wochen geführt werden, sind am Freitag Abend geschlossen. Die Volkspartei, die zunächst unter dem Eindruck des Wählerverlustes der Sozialdemokratie und ihrer eigenen Niederlage Neigung zur Bildung der großen Koalition zeigte, schwankte genau wie die Partei im Reich und Preußen nach rechts ab. Bei der Demokratie liegt es jetzt zu entscheiden, ob sie die kleine Koalition, die eine Mehrheit von 3 Stimmen in der Bremer Bürgerschaft hat, oder mit Heftenvereinigten, Deutschnationalen und Hausbesitzern eine Bürgerblockregierung bilden wollen, die über eine Zweidrittelmehrheit verfügt.

Schuldenfrage und Republik. Ein rechtsstehendes Blatt hat es während der Wahlzeit fertig gebracht, von einem Schüler, der im Reich im Dienst der Regierung steht, ein solches Zeugnis zu erhalten, als ob dieser traurige Bericht über den Selbstmord von Kallusministerum angeführten Berichte haben ergeben, daß selbstverständlich hier, wie in den meisten dieser Fälle, ausschließlich schlechte Leistungen in der Schule und nicht vorzeitiger Jähren die Schuld am Selbstmord waren. Bei diesem Anlauf soll aber, wie der Artikel besagt, die Statistik der Selbstmorde in Preußen vorliegen, die folgenden Bild zeigt:

Jahr	im Jahre	männlich	weiblich
1909	60	11	
1910	48	5	
1911	39	13	
1912	73	9	
1913	55	12	
1914	45	7	
1915	55	6	
1916	47	10	
1917	36	6	
1918	39	3	
1919	44	7	
1920	42	6	
1921	39	7	

Die Statistik für die Jahre 1922 bis 1924 liegt noch nicht vor, da aber bereits drei Jahre republikanischer Staatsform in der obigen Statistik ersichtbar sind, so dürfte sich auch für die Statistik der Selbstmorde und Selbstmordtendenzen der eingangs zitierten Zeitung in ihrem Landesein ergeben, daß beim besten Willen die Schülerleistungen und Republik nicht in unerschütterlichen Zusammenhang bringen lassen.

Was von völliger Schwärze übrig bleibt. Die inwärtigen eingewanderten „Gedankensprünge“ in München hatte im Mai vorigen Jahres in einem Artikel „Organverfall zwischen Boden und Freiheit“ behandelt. Boden soll einen Selbstmord mit Frankreich angehängt haben, nach dem es alle Organverfall, die der französische Besatzungsbehörde unzureichend sind. Dem höchsten Richter des Innern Kammern solle jeder Hausverfall, der die Gewalt über den Selbstmord des französischen Generals. Die daraufhin vom Minister Kammern angeordnete Verlesung des Gesetzes ist jetzt durch einen Bericht beendet worden. Danach nimmt der damalige Hauptführer des Reiches, Dr. Lohse, die gegen den Minister Kammern erhobenen Beschuldigungen als unrichtig und jeder Grundlage entbehrend mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und zahlte 100 Mark Buße für maßlose Zwecke.

### „König Rohle.“

Von Upton Sinclair.

„Wie verdammt, ihr Kleinfinger, was hat euch denn das mit euch gemacht, daß ihr hier sitzt und mich anseht?“  
 „Ich habe es mit mir selbst ausgemacht, Joe! Sie hüben mich nicht für besser gehalten, als ich bin, ich habe mir die Krone gekauft, hatte ich sie mit so lächerlichem Haß wegen der Leute, denen ich gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre?“  
 „Wie verdammt, ihr Kleinfinger, was hat euch denn das mit euch gemacht, daß ihr hier sitzt und mich anseht?“  
 „Ich habe es mit mir selbst ausgemacht, Joe! Sie hüben mich nicht für besser gehalten, als ich bin, ich habe mir die Krone gekauft, hatte ich sie mit so lächerlichem Haß wegen der Leute, denen ich gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre?“

Das ist die Wahrheit! Und wenn ich zu dem Manne sage, was er mir sagt, daß er mich nicht für besser gehalten, als ich bin, ich habe mir die Krone gekauft, hatte ich sie mit so lächerlichem Haß wegen der Leute, denen ich gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre? Und ich würde die Antwort, den ich gebe, und der ihr gehöre?“

### Stranings Nachfolger.

Stranings Nachfolger wird der bisherige Parteivorsitzende der Sozialdemokraten in Danzig, Dr. Janusz Gajda, sein. Der neue Vorsitzende der Sozialdemokraten in Danzig ist Dr. Janusz Gajda, der bisherige Parteivorsitzende in Danzig, Dr. Janusz Gajda, sein. Der neue Vorsitzende der Sozialdemokraten in Danzig ist Dr. Janusz Gajda, der bisherige Parteivorsitzende in Danzig, Dr. Janusz Gajda, sein.

### Snowjews Tadel für die deutschen Kommunisten.

In einer langen Abhandlung über die Aufgaben der deutschen Kommunisten im Kampf um die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft hat Snowjew, ein führender theoretischer Autor der russischen Sozialdemokratie, die deutschen Kommunisten ihren mangelhaften Stand im Kampf um die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft tadelnd erwähnt. Snowjew, ein führender theoretischer Autor der russischen Sozialdemokratie, die deutschen Kommunisten ihren mangelhaften Stand im Kampf um die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft tadelnd erwähnt.

### Deutsche im Moskauer Tscheka-Gefängnis.

Seit dem 27. Oktober 1924 werden zwei deutsche politische Häftlinge in Moskau wegen Spionage gefangen gehalten. Es handelt sich um einen Dr. R. K. und einen Dr. R. K. Sie sind in dem Moskauer Tscheka-Gefängnis untergebracht. Die beiden Gefangenen sind in dem Moskauer Tscheka-Gefängnis untergebracht. Die beiden Gefangenen sind in dem Moskauer Tscheka-Gefängnis untergebracht.

### Aleine Auslandsnachrichten.

In Danzig sind gestern die Mitglieder des Generalstreikkomitees von Danzig im Hotel „Victoria“ eingetroffen. Der polnische Botschafter in Danzig hat sich nicht an ihnen teilgenommen.  
 Die Strafe des Preußen-Ministers verschärft. Der Reichsminister der Finanzen hat den Reichsminister der Finanzen verschärft. Der Reichsminister der Finanzen hat den Reichsminister der Finanzen verschärft.  
 Esquith - Earl of Oxford. Der britische Botschafter in Berlin hat den Reichsminister der Finanzen verschärft. Der Reichsminister der Finanzen hat den Reichsminister der Finanzen verschärft.  
 Von der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz. Die Sozialdemokraten in der Schweiz haben die Sozialdemokraten in der Schweiz tadelnd erwähnt. Die Sozialdemokraten in der Schweiz haben die Sozialdemokraten in der Schweiz tadelnd erwähnt.  
 Höhere Zeitungspreise im Ausland. Am 1. Februar sind die Zeitungspreise im Ausland um 20 Centimes erhöht.  
 Militärparade in Chile. Nach einer Reduzierung sind die Militärparade in Chile um 20 Centimes erhöht. Nach einer Reduzierung sind die Militärparade in Chile um 20 Centimes erhöht.



# Großer Inventur-Ausverkauf!

Gardinen: Von Montag, den 26. Januar ab Teppiche

Stores, Bettdecken  
— Vorhänge —  
Scheiben-Gardinen

Madras-, Brokat-  
u. Spitzenstoffe

werden in eigenen Ateliers  
auf Wunsch geschmackvoll ver-  
arbeitet.

Wir haben zu unserem diesjährigen Inventur-Ausverkauf  
alle Waren, zum Teil ganz bedeutend, für jeder-  
mann klar ersichtlich im Preise herabgesetzt.

Unsere Schaufenster legen Zeugnis davon ab!

Zum Verkauf kommt nur Qualitätsware!

## Rosenstock & Co.

Schweidnitzer Straße 2

Läuferstoffe  
Tischdecken

Divandecken, Felle

Steppdecken  
Bettvorlagen  
Gobelinstoffe

Linoleum :: Brücken

**Stadttheater.**  
Montag 7 1/2 Uhr:  
„Fra Diavolo“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Der Tromschützer“.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Der Freischütz“.

**Lobe-Theater.**  
Tel. R. 674 u. R. 6700.  
Morgens 8 Uhr:  
Krausführung!  
„Die  
Wagnerdichtungen“  
Historisches Schauspiel v. H. Kna.  
Dienstag 8 Uhr:  
„Die  
Wagnerdichtungen“  
Historisches Schauspiel von H. Kna.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. Ring 2545.  
Mittwoch 8 Uhr:  
In neuer Ausstattung!  
**Gräfin Mariza.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Der Zigeunerbaron.**

**Thealia-Theater**  
Dir. Barany, Stüßel  
Tel.: Ring 6700.  
Mittwoch 8 Uhr:  
„Haben Sie nicht  
zu verzagen?“  
mit L. Söllner,  
Hedi-Bauer, Grey,  
Olla, Hibel, Fiska etc.  
Sensational und Sensing  
Gesangspiel  
Alfred Gornach  
v. Bayreuth in Wien  
in „Reconstruierung“  
(Vor 2 Aufführungen.)

**Mando-**  
hnan  
Gitarren etc.  
in großer Auswahl,  
auch auf Teilzahlung  
**Piano-Neumann**  
Neue Grapesstraße 13.

  
Überbrosen!  
**Wecker**  
Qualitätssure  
Reisegewerk  
besonders preiswert!  
**A. Möwius**  
Coburgstraße 59

## CIRCUS BUSCH

Täglich 7 1/2 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr  
**Wasser-Manche-  
Schauspiel**  
**Der Graf**  
von  
**Monte Christo.**

Die phantastische Wasser-Schau-  
lung, die jed. Breslauer sehen muß.  
Ab morgen:  
Wanda Treumann.  
Vorher der neue Circusplan.  
Leb's  
Wunderaffen! Reckensaloni!  
Vorverkauf: Barasch und Circuskasse.

**Pfänder-Auktion!**  
Mittwoch, den 4. Februar n., vormittags 10 Uhr,  
bis Pfand Nr. 14 000.  
Sehhaus des künftigen Wohlfahrtsamtes  
Pfeffergasse 9, Ecke Stodgasse.

Es liegt in Ihrem ei-  
genen Interesse, sich beim  
Einkauf von Möbeln jeder  
Art an den Volkswohlfahrt-  
Einlagerungsstellen, Woh-  
nungslose pp. zu wenden.  
Kredit - Bewilligung an  
Selbstverbraucher. Aus-  
weis mitbringen.

**„Volkswohl“**  
Paulstraße 23  
**Große**  
**Reste-  
Tage**  
in den bekannt-  
guten Qualitäten  
Auf reguläre Ware  
**20%  
Rabatt**  
Schlesische  
Handweber-  
Gebirgssteine-  
Niederlage  
Inhaber: Hugo Klose.

**Trikotagen**  
Strickwesten  
Kinder-Sweater  
Kinderwäsche  
Strümpfe, Socken  
Größe Auswahl  
Teilszahlung gestattet  
Weinssir. 23 24, I. Etg.

**Bettfedern**  
und Säcken zu  
billigen Preisen ein-  
gewaschen, gestrichelt,  
gerichtet, Schließ-  
schr. 45 (Ecke Lohweg).

**Partei-Freunde**  
kauft an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswohlfahrt**

**„Volkswohl“**  
Paulstraße 23  
**Große**  
**Reste-  
Tage**  
in den bekannt-  
guten Qualitäten  
Auf reguläre Ware  
**20%  
Rabatt**  
Schlesische  
Handweber-  
Gebirgssteine-  
Niederlage  
Inhaber: Hugo Klose.

**Bitte** bei allen Ein-  
käufen stets  
die Anfertiger unter  
Zahlung zu berücksichtigen

## Wegen Vorbereitungsarbeiten

für den **Mittwoch** beginnenden  
**Inventur-Ausverkauf**  
bleiben die Geschäftshäuser  
**morgen Dienstag**  
für den Verkauf  
**geschlossen**

Leinenhaus  
**Dielschowsky**  
Nikolaistraße 72/76 Breslau Ecke Herrenstraße

## Fische wieder billiger!

Montag  
Dienstag  
Mittwoch  
treffen  
**36800** Pfund  
nordische Seefische  
und Räucherwaren

**„Nordsee“**  
Geschäftsführer:  
Fischer Trapp.  
Fischerstraße 2, 2. Etage.  
Nur Schweißbrücke 13  
rechts v. Ring an.  
Nur hier Schweiß-  
brücke 13, rechts v. d.  
Kernstraße.

Felsche  
Dunstige  
Felsche  
nordw. Voll-  
Ganz fetter  
nordischer  
Feinster  
nordischer  
und vieles andere. Preise in den Fenstern.  
Blutfrische  
fette, große  
**grüne Heringe** das Pfund  
nur **25** Pf.

Diese treffen aber erst Mittwoch oder Donnerstag ein.

Die „Frauenwelt“ den Frauen  
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“  
eine Halbmonatsschrift für die Frau  
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

## Große Heimgarten-Lotterie

Los 50 Pf.  
Ziehung 20. Februar 1925.

Schriftliche Bestellungen an **Heinrich Eichbauer**, Breslau, Gartenstraße 86  
Lose-Verkaufsstellen:

- B. Klement, Lotteriegeschäft, Ring 22.**  
Lotterie-Einnehmer:  
Fa. Majunke, Neue Taschenstraße 24.  
„ Zietschmann, Teuentsienstraße 1.  
„ Dorn, Neue Schweidnitzer Straße 15.  
„ Schroeter, Neue Schweidnitzer Str. 3.  
„ Jungfer, Schweidnitzer Straße 52.  
„ Zimmermann, Gartenstraße 104.  
„ Schulz, Althäuserstraße 57.  
„ Bollmann, Taschenstraße 9.  
„ Reinhold Ludwig, Blücherplatz 1.  
„ Lina Cziwizky, Ohlauer Straße 70.  
„ G. Kretschmer, Schmiedebrücke 29b.  
„ Hübner, Schuhbrücke 73.  
„ v. Kusserow, Oelsenerstraße 3.  
„ v. Johnston, Gneisenowplatz 3.  
„ Berthold Beck, Rosenhügel Straße 19.  
„ Lorenz, Frankfurter Straße 21.  
„ Koss, Ring 8.  
„ Koss, Schweidnitzer Stadtgraben 12.  
(Ecke Neue Schweidnitzer Straße.)  
Weitere Verkaufsstellen:  
Fa. Max Milde, Grapesstraße.  
(Ecke Freiburger Straße.)  
„ D. Königsberger, Keis.-Wilh. Str. 15.  
„ Franz Scholz, Gartenstraße 93.  
„ Ernst Kleisch, Lehmgrabenstraße 1.  
„ Linden & Winklerfeld, Sadowastr. 1a.  
„ Gottschalk & Sohn, N. Grapesstr. 10.  
„ Leopold Brückholz, Königsplatz 3b.  
„ Josef Weiß, Friedr.-Wilhelmstraße 25.  
„ Max Schröder, Nikolaistraße 22.  
„ Max Petershille, Reuschstraße 37/38.  
„ J. Stillmann, Reuschstraße 45.  
„ Monopol-Drogerie, Grapesstr. 6/10.  
„ Kilian & Co., Gartenstraße 47.  
„ Julius Hoch Nachf., (P. Morawa),  
Friedr.-Wilhelm-Straße 9.  
„ Paul Baran, Teuentsienstraße 93.  
„ Hch. Cadow, Kaiserstraße 17.  
„ Max Paul, Dittberstraße 1.  
„ Peter Janetz, Dismarsstraße.  
„ Paul Kuntze, Mathiasstraße 96.  
„ Erich Bebe, Mathiasstraße 94.  
„ Jos. Czarnik, Teuentsienstraße 74.  
Fa. Max Prüfer, Karlsplatz 5.  
„ Labant & Sohn, Gartenstraße 66/70.  
„ Gustav Sagawe, N. Schweidnitzer Str. 2.  
„ Hanns, Ring 46.  
„ Gust. Ad. Schleh, Schweidnitzer Str. 9.  
„ Gust. Michler, Schmiedebrücke 56  
(Eingang Kupferschmiedestraße).  
„ H. Stry, Kupferschmiedestraße.  
„ H. Roensch, Albrechtstraße 28.  
„ Hch. Stüber, Junkerstraße 9.  
„ E. Fechner, Rehdigerstraße 1.  
„ K. Przewilla, Gräbischer Straße 117.  
„ Max Hübner, Gräbischer Straße 41.  
„ G. Wagner, Poststraße 6.  
„ H. Barisch, Ritterplatz.  
„ R. Migulla, Neue Taschenstraße 13.  
„ K. Becker, Fränkelplatz 1.  
„ Schlesische Heimarbeit, G. m. b. H.,  
Feldstraße 24.  
„ Schles. Volkszeitung, Hummeret 39.  
„ O. Müller, Gneisenowstraße 1.  
„ O. Berg, Mollkestraße 12.  
„ O. Scholz, Dominikanerplatz 11.  
„ A. Förster, Sternstraße 77.  
„ A. Förster, Sternstraße 76.  
„ A. Schmidt, Sternstraße 5.  
„ G. Rummel, Neumarkt 11.  
„ K. Knoblich, Gneisenowplatz 2.  
„ B. Dorn, Fieserstraße 16.  
„ F. Otto, Neue Sandstraße 17.  
„ J. Rafkowsky, Brüderstraße 5.  
„ H. Pastrill, Teuentsienstraße 81.  
„ H. Müller, Klosterstraße 69.  
„ H. Nöhling, Mathiasstraße 96.  
„ A. Simonsides, Mathiasstraße 34.  
„ C. Moritz, Adelbertstraße 2.  
„ M. M. Stephan, Domstraße 12.  
„ T. Falke, Yorckstraße 52.  
„ G. Bach, Neue Adolbertstraße 107.  
„ F. Meje, Taschenstraße 9.  
„ O. Radolph, Neudorfstraße 58.  
„ J. Kaefer, Holzkstraße 25.  
„ Gruppe, Rosenhügel Straße 8/10.  
„ P. Baran, Werderbrücke.  
„ H. Herrig, Oderstraße 16.  
„ K. Herrmann, Leubenstraße 68.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. Januar.

### Sozialdemokratische Partei. Abteilungs-Versammlungen

Heute abend 8 Uhr:  
Abteilung Streifen: Tor: Hubenstraße bei Verhe. Referent  
Part.

Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr:  
Abteilung Ober: Im „Goldenen Anker“, Koiethaler  
27. Referent Stadtrordner Genosse Jils-Eckstein

Abteilung Süden bei Langner, Auguststraße 190. Referent  
Stadtrordner Genosse Oite.

Abteilung Süd-West bei Bräuer, Gablitzstraße, Kleiner Saal.  
Referent Genosse Stadtrat Tilsch.

Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr:  
Abteilung Nikolaitor im Zentralballsaal, Westendstraße  
11. Referent Stadtrordner Mache und Stadtrat  
H.

Am Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr:  
Abteilung Ohlauer Tor bei Görlisch, Löschstraße. Referent  
Stadtrordner Genosse Mache.

Abteilung Sandtor im „Feld“ östlich Weinstraße. Referent  
Stadtrordner Genosse Tietlich.

Abteilung Hühner bei Werner, Frankfurter Straße 172.  
Referent Stadtrordner Genosse W. D. e.

Abteilung Gröbchen bei Ramser, Gröbchener Straße 118.  
Referent Stadtrordner Genosse T. o. s.

Abteilung in allen Versammlungen: Die Arbeiter-  
und die gegenwärtige Politik im Bres-  
lauer Rathaus.

### Parteimitglieder!

Es ist dem Ruf einer Organisation und findet auch reichlich  
in den Versammlungen ein. Eingeführte Gäste haben Zutritt,  
jedoch jeder dafür, daß Betannte von ihm erscheinen, damit  
er nicht für unsere Sache gewonnen werden.  
Nur die Zeit, die Situation ist infolge des unterdrückten Prolet-  
ariats besser als je zuvor. Darum: Jeder führe mindestens ein  
Mitglied als Gut ein.

### Vom Lebensmittelmarkt.

Die Preise stehen wiederum an. So wurde die Butter in  
den letzten Tagen teurer, wenn auch zunächst nur um einige  
Pfennige; doch das kennt man ja, nach oben geht's schnell, nach  
unten langsam. Die teure dänische Butter fiel allerdings  
auf 2,20 Mark das Pfund, doch diese kann ja doch  
nicht kaufen. Aber den schlesischen Mostereigewinnigen  
kann ein Kleinereinkommen von 1,84 Mark gar zu niedrig  
erschaffen ist nun ihr billigerer Preis 1,85 Mark, doch die  
Geschäfte fordern 1,90 und 2 Mark. Dabei bleibt so viel  
übrig, daß sie als zweite Sorte zu billigeren Preisen ver-  
kaufen. Auch die übrigen Fette wollen um einiges  
billiger sein. Vorläufig macht das amerikanische  
Fett noch eine Ausnahme, das 88-90 Pf. für das Pfund  
kostet. Eine besondere Preissteigerung macht sich auch beim  
amerikanischen Speck bemerkbar, der nun mit 1,10 Mark  
das Pfund bezahlt sein will. Der Preis für Margarine  
ist zwischen 55 bis 65 Pf. Die Eier wurden in dieser Woche  
um 1 Pf. billiger, kosten also nun 13, 14 und 15 Pf. das Stück.  
Die Weizenkörner sind nun immer 30 Pf. bezahlt.  
Die billigeren wurde das Weizenöl, das jetzt fast überall für  
1 Mark das Pfund verkauft wird. Sehr teuer blieb gut  
Weizen, der immer noch 40 und 50 Pf. für das Pfund beantragt.  
Marmeladen und Mus sind viel zu teuer.

Der große Preissturz in den Fleischereien will noch  
nicht kommen; nur einzelne Geschäfte machen billige Tage  
haben dann das Fleisch wirklich preiswert an. Die Markt-  
preise sind fast zeitlos in den letzten Tagen etwas herunter-  
gegangen. An billigen Fleisch wurde angeboten: Hammel-  
fleisch und Kaninchen zu 60 Pf., Hammelrücken zu 70 und  
Kostete zu 80 Pf. das Pfund. Schweinefleisch soll 55  
Pf., Koteletts 1 Mark das Pfund kosten. Kalb-  
fleisch wird ebenfalls zu 1 Mark offeriert und Rindfleisch  
knochen zu 90 Pf. Auch die inneren Teile wurden billiger.  
Nicht das Pfund Fleck 25 Pf. Das Pfund Schweine wird  
zu 60 Pf., Ohren und Schnäuzer für 60 Pf. und Hühner-Gebirge  
zu 60 Pf. verkauft. Die Koteletts lieferten ebenfalls ihre  
Pf. zu, daß man für ein Pfund derbes Fleisch 40 Pf. zu  
hat.

Die Fischgeschäfte sind immer gut versorgt, leider  
aber die schon teuren Seezische noch teurer. Gold-  
zische in der Formose 38 Pf., jetzt 42 Pf., ebenso ist es  
den anderen Seezischen. Seezische erfordert 52 Pf.  
Linau 70 und 80 Pf., Lengfisch 56 Pf., Fischkoteletts  
1 und 1 Mark pro Pfund. An Käsewaren gab es  
Käse, Sprotten, das Pfund kostet aber 1-1,40 Mark,  
die Bücklinge müssen mit 1 Mark das Pfund als teuer  
beachtet werden. Sprottenklingen kosteten im Pfund  
1,20 Mark. Die billigen Käsewaren waren die Fettsproten  
zu 60 Pf. das Pfund. Fischzische wurde mit 60 Pf. das  
Pfund verkauft. Sommerzische Linauern kosteten je nach  
Größe 60 Pf. bis 1 Mark das Pfund. Die Koteletts  
auf ihrem bisherigen hohen Preise bestehen.

Wild- und Geflügelgeschäfte sind reichlich mit  
Fleisch versorgt, aber auch magere und teure Gänse kann man  
immer kaufen, desgleichen Hühner, Enten und Tauben.  
Diese sind sehr teuer, denn das Stück kostet 1-1,30 Mark.  
Gemüse und Obst wird in unermesslichen Mengen an-  
geboten.

## Schlesischer Städtetag.

Am Sonnabend tagte im Breslauer Stadtverordneten-  
Sitzungsraum die Hauptversammlung des Schlesischen Städte-  
tages. Vertreten waren 90 Städte und 9 Landgemeinden durch  
289 Teilnehmer. Man beschäftigte sich fast ausschließlich mit  
Erziehungsfragen. Die gehaltenen Referate folgten dem Gegen-  
stand aber vollkommen vom Standpunkt der Verwaltungspraxis  
und wir gehen nachfolgend nur insoweit darauf ein, als sie ein  
allgemeines Interesse beanspruchen.

Oberbürgermeister Dr. Wagner-Breslau begrüßte als  
Vorsitzender des Schlesischen Städtetages die Erschienenen und  
besonders die Vertreter der Behörden. Die Inflation liegt wie  
ein böser Traum hinter uns, der aber Wirklichkeit geworden ist.  
Nur dadurch, daß sich die Gemeinden gegenseitig geholfen haben,  
sind sie über die üblen Zeiten hinweggekommen. Neben den  
finanziellen Schäden hat die Inflation aber auch moralische  
Schäden hinterlassen, die sich in den Korruptionsercheinungen  
zeigen. Auch sie müssen überwunden werden. Reich und Staat  
haben viele Verpflichtungen auf die Städte abgemälzt, leider  
aber zeigt man nicht genügend Achtung vor der Selbstverwaltung  
der Städte.

Oberpräsidentialrat Wehrmann dankte als Vertreter des  
Oberpräsidenten im Namen der Behörden für die Einladung.  
Bedinglich die eigene Not habe den Staat zu Zwangs-  
eingriffen in die Befugnisse der Gemeinden gezwungen.  
Daß der Oberpräsident von Niederschlesien nicht händ-  
feindlich sei, habe er dadurch bereits bewiesen, daß er die  
Genehmigung zur Eingemeindung zweier Gutsbezirke  
(Wilhelmsruh und Kamallen) nach Breslau gegeben habe.

Magistratsrat Salomon-Breslau gab als Geschäfts-  
führer des Städtetages den Geschäftsbericht. Dem Städtetag ge-  
hören 125 Städte und 19 stadthaltliche Landgemeinden an. In  
Niederschlesien gibt es nur noch eine, in Mittelschlesien noch sieben  
und in Oberschlesien noch sechs Städte, die noch nicht an-  
geschlossenen sind.

Der Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibes-  
übungen, Dr. Diem, sprach dann zunächst über „Förderung  
der Leibesübungen“. Um unser Volk körperlich und  
geistig gesund zu machen, gilt es, die Leibesübungen zu fördern.  
Die nötigen Mittel müssen dafür vorhanden sein. Nach dem  
Verfall der Verträge hat Deutschland nur 100 000 Mann Militär,  
während es selbst auf 200 000 Mann bestand. Wären uns diese  
200 000 Mann zugestanden worden, dann hätten wir sie heute  
nicht. Das Geld wäre aufgebracht worden, also muß es nun  
auch für die Zwecke der Leibesübungen da sein. Er forderte bei  
den Schulen eine tägliche Turnstunde. Auf den Kopf der Be-  
völkerung müssen 0,1 Quadratmeter Turnhallenraum und  
5 Quadratmeter Spielplatz zur Verfügung stehen. Jede Provinz  
muß ein großes Stadion und jede kleinere Stadt ein kleineres  
Stadion haben. Vorbildliches hat hier bereits die Stadt Keiße ge-  
schaffen.

In der Aussprache sagte Oberbürgermeister Dr. Wagner,  
daß in Breslau ein neues Schwimmbad im Nikolaitor, aber  
auch neue Turnhallen und ein Stadion geschaffen werden. Ein  
Redner aus Breg wies auf die Notwendigkeit, mehr Lehrer  
für Leibesübungen auszubilden. Ein Redner aus Gleiwitz  
hat, dem Wohnungselend und der Ernährung der Kinder volle  
Aufmerksamkeit zu schenken, denn ein schlecht genährtes Kind  
kann man durch Leibesübungen auch nicht erkräftigen. Ein  
Redner aus Gottesberg wies besonders auf die Förderung  
des orthopädischen Turnens hin. Bürgermeister Burmann-  
Bunzlau forderte ein neues Badergesetz, denn ohne eine Er-  
leichterung der Beschäftigung ist schwer vorwärts zu kommen.

Studiendirektor Dr. Haisel-Grünberg sprach dann über  
„Die höhere Schulreform mit besonderer Berücksich-  
tigung des Programms der Aufbauschule“. Er  
erläuterte dabei die verschiedenen Typen der höheren Schulen,  
Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule und deutsche Ober-  
schule, zu denen jetzt noch die Aufbauschule kommt, die im An-  
schluß an die siebenjährige Volksschule in sechs Jahren besonders  
begabte Kinder zur höheren Reife führt.

Ueber „Die Forderungen der Kommunen auf  
dem Gebiete des höheren und mittleren Schul-  
wesens gegenüber der Staatsregierung“ sprach  
Beigeordneter Meyer-Kulmann vom Deutschen Städtetag in  
Berlin, der Schulgeld- und Zuständigkeitsfragen erörterte.  
Stadtr. Dr. Mars-Breslau hat ganz besonders, der Auf-  
bauschule alle Aufmerksamkeit zu schenken, um begabten Volk-  
schülern die Aufstiegsmöglichkeit zu gewähren.

Das vierte Referat hielt Oberbürgermeister a. D. Hennmann  
vom Deutschen Städtetag in Berlin über „Das neue Recht  
der allgemeinen und der Jugendpflege“. Er ging  
aus von der Bedeutung der Wohlfahrtspflege, die sie infolge des  
verlorenen Krieges leider gewonnen hat. Nach der neuesten  
Statistik des Deutschen Städtetages sind einschließlich der Er-  
werbslosen 7-8 Prozent der städtischen Bevölkerung in öffent-  
licher Fürsorge, während im Frieden diese Zahl kaum 1 Prozent  
betragen hat. Die Reihenfolge des Hunderttausend ist in den Groß-  
städten gegenwärtig: Arme (24 Prozent), Sozialrentner (1 1/2 Pro-  
zent), Kriegsschädigte und Hinterbliebene (1 Prozent),  
Kleinrentner (etwas mehr als 1/2 Prozent). Der Fürsorge-  
aufwand auf den Kopf der Gesamtbevölkerung beträgt in den  
Großstädten — ohne die Erwerbslosenfürsorge — monatlich  
1,38 Mark und in den Mittelstädten 1,11 Mark. Während im  
Frieden der Wohlfahrtsaufwand im Haushaltsplan der Städte  
nur 12 1/2 Prozent aller Ausgaben betragen hat, ist er jetzt auf fast  
ein volles Drittel angewachsen. Das Ziel muß sein, die Wohl-  
fahrtspflege zu entlasten und nur die Spitzenbelastung zu tragen.  
Dies kann nur mit Besserung der Lage der Wirtschaft geschehen.  
Hierbei spielt für die Kleinrentner, aber auch für die Sozial-  
rentner, die Frage der Aufwertung eine Rolle, die wohl nur nach  
sozialen Gesichtspunkten möglich sein wird.

In der Aussprache wies Oberbürgermeister Dr. Wagner  
darauf hin, daß in Breslau der Wohlfahrtsetat 40 Proz.  
der gesamten Ausgaben der Stadt umfaßt. Eine  
ganz fürchterliche Erblichkeit des Krieges. Die Unterhaltungen an  
die Kriegssopfer sind bei diesen 40 Prozent noch nicht dabei.

Bürgermeister Burmann-Bunzlau tritt für das Recht  
der Städte ein, soziale Fürsorge in dem von ihnen für nötig  
gehaltenen Sinne und Umfange treiben zu dürfen, während die  
Kleinrentner heute auch in dieser Hinsicht vom Guddanten des Landes  
abhängig sind. In den Landeswohlfahrtsämtern müssen  
sozialpolitisch geschulte Männer während tätig sein. Es dürfen  
nicht Herren berufen werden, weil sie Kurist oder Theologe sind.  
Diese Mahnung schien vor allem an die Adresse des Landes-  
hauptmanns v. Thacker gerichtet, und zwar mehr als berechtigt.

Das letzte Referat hielt Kreisinspektor Dr. Haisel-Breslau  
über: „Die Aufgaben des Mittelschlesischen  
Bilderbühnenbundes“. Er bezeichnete den Film als ein  
herausragendes Unterrichts- und Erziehungsmittel für die Schule,  
da man durch ihn den Kindern Unterrichtsobjekte vor Augen  
führen könne, wie sie wirklich sind, und wie sie die Kinder wahr-  
scheinlich sonst nie kennen lernen. In den Dienst dieser Bewegung  
stelle sich der Bilderbühnenbund. Vom Filmsehen muß man  
zum Filmunterricht gelangen. Auch nehme sich der Bilderbühnen-  
bund der Ausbildung von Personal an. Schließlich wies Nebner  
noch auf die im März in Breslau stattfindende erste große mittel-  
schlesische Bildwoche hin, und lud die Vertreter der Städte das,  
berzlichst ein.

Weiter wurden eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten er-  
ledigt. Ueber den Entwurf neuer Satzungen wurde Beschluß  
gefaßt, und nach dem Bericht der Rechnungsprüfer der Vorstand  
entlastet.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ober-  
bürgermeister: Dr. Wagner-Breslau, Sney-Görlisch, Dr. Klein-  
bauer-Doppeln, Franke-Neisse, Cassebaum-Schweidat, Erbe  
Bürgermeister: Hohenhausen-Neusalz, Ludwig-Glab, Bür-  
germeister: Dr. Groß-Münsterberg, Briemer-Leobisch, Dr.  
Entfalla-Oberglagau, Feige-Lüben, Bantel-Bargwitz, St. A.  
Verordneten vorklicher: Dr. Blasch-Hirshberg, Jambak-  
Beuten OS, Kurech-Lauer, Jaschke-Neurade, Teicher-Palischau,  
Dr. Friedrich-Breslau.

### Schlesisches Arbeiterjüngertag Pfingsten 1925 zu Breslau.

Der Krieg als Zerstörer aller Kultur, dessen Wirkungen auch  
an dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund nicht spurlos vorüber-  
gegangen sind, hat gemäß diesem mächtigen Kulturträger der mit  
größten Hemmungen ausgerüstet. Umso mehr erwachte es der Deutsche  
Arbeiter-Sängerbund, sich wieder als eifriger Faktor in der  
Dienst der Kulturbewegung zu stellen und er ist damit auch  
bestrebt, das geistig und seelisch erkrankte Volk über Mühen und  
Sorgen des Alltags hinaus zu heben, es wieder mutig und  
hoffnungsvoll zu machen, im guten Gedenken des letzten vierten  
Schlesischen Gaujüngertages in Breslau 1914, das im Zeichen der  
Reaktion und Polizeimilitär stand. Verbot des Festzuges, Verbot  
der Zulassung Jugendlicher zum Konzert in Morgenau, auch die  
Fahrbundertkette blieb uns verschlossen. Trotz aller damaligen  
Schikanen blieb das Fest den Verhältnissen entsprechend ein  
gelungenes. Der Beschluß des letzten Gauages, das nächste  
Sängerfest 1925 in Breslau abzuhalten, wird zur Tatsache. Wir  
wissen, daß uns keine kleine Aufgabe gestellt ist, noch leben wir  
in kritischen Zeiten, doch arbeitsfreudig in allen edlen und idealen  
Unternehmen haben Bezirksleitung Breslau und Gauvorstand die  
Vorbereitungen getroffen. Die Einladungen sind bereits an alle  
Bereine des Gaues ergangen. Räumlich: Ihr schlesischen Arbeiter-  
sängerinnen und -sänger, rufen wir Euch nach langen, schweren  
Jahren wiederum nach Breslau, um in unseren Mauern das  
fünfte schlesische Arbeiter-Sängerfest zu feiern, diesmal frei von  
allen politischen Schikanen. Die Fahrbundertkette steht uns  
offen, darin wollen wir Zeugnis ablegen von der Aufwärts-  
bewegung des Gaues, von den fortgeschrittenen Leistungen der  
schlesischen Arbeiter-Sänger. Man: Ihr schlesischen Sangeschwestern  
und -brüder, ruft zum Sängerfest. Nur wenige Monate trennen  
uns von dem Einzug der Sänger in Breslau. Wir erwarten aber  
auch von allen unseren Vereinen, daß sie die Beteiligung als  
Ehrenpflicht betrachten und in voller Stärke am Feste teilnehmen.  
Eine dringende Bitte des Hauptauschusses besteht darin, sämt-

liche an die Bezirke und Vereine gerichteten Fragebogen recht  
genau und pünktlich zurückzusenden, nur so ist es möglich, allen  
Wünschen gerecht zu werden, und das Fest so zu gestalten, daß  
es uns Arbeiter-Sängern würdig ist. Noch einmal: Rüstet und  
merkt! Es darf Pfingsten 1925 keinen anderen Weg, kein anderes  
Ziel geben, als: Auf nach Breslau zum schlesischen Arbeiter-  
Sängerfest!  
Der Hauptausch. u.

### Zur Besetzung der Breslauer Kreisratsstelle.

Gezien die Wahl des Kreisratsvorsitzenden Herrn Schremmer  
zum Stadtschulinspektor haben mehrere Elternbünde sowie die  
lutherische Geistlichkeit Einspruch erhoben. Aus der bloßen Zu-  
gehörigkeit zu einer politischen Partei folgern sie ohne sonstigen  
Beweis die Ungeeignetheit zur Ausübung des ihm vom Magistrat  
übertragenen Amtes.

Demgegenüber stellt der Breslauer Lehrerverein  
fest: „Es besteht keine gesetzliche Grundlage dafür, daß sich Eltern-  
bünde und Geistlichkeit in eine staatliche Verwaltungsangelegen-  
heit einmischen, für die allein Magistrat und Regierung zuständig  
sind. Wir verurteilen darum die Versuche privater Körperchaften,  
Magistrat und Regierung, in ihrer freien, sachlichen Entscheidung  
zu beeinflussen und zu behindern. Im übrigen erklären wir, daß  
die gegen Herrn Schremmer erhobenen Bedenken und Angriffe  
haltlos sind und jeder Sachkenntnis entsprechen. Herr Schremmer  
hat weder durch Wort noch durch Schrift irgend eine der Re-  
ligion oder dem Religionsunterricht feindliche Stellung ein-  
genommen. Es ist Mitglied der evangelischen Landeskirche und  
hat selbst bekenntnistreue Religionsunterricht unter Aner-  
kennung der Behörden und weiter Kreise der Lehrer- und Eltern-  
schaft bis zu seiner Berufung in das neue Amt erteilt. Und was  
uns mindestens ebenso wichtig erscheint, ist, daß Herr Schremmer

**Inventur-Ausverkauf** **Strumpfwaren** **31. Januar**  
**Der Breslau's** in **Strickwaren** **beginnt erst am**  
**Lucas Nachf. Fraenkel, Schmiedebrücke 54** **vormittags 8 Uhr bei**  
 Aktiengesellschaft für Strumpfwaren u. Strickwaren.



# Lastenverteilung der Reparation.

## Schätzungen und Vorschläge vernünftigen Wirtschaftspolitikers.

Generat des Staatssekretärs a. D. Professor Fritz Krogge des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat folgende Angaben über die Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Lastenverteilung in Deutschland und wertvolle Vorschläge zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage und die der Reparationslasten.

Die Reparationslasten seit der Stabilisierung ließen sich unbedeutend aus der Verbrauchsleistung befreien wird. Londoner Fall will die Reparationslasten zu 40 Prozent auf den Verbrauch und das verbleibende Tabakmonopol und zu 60 Prozent auf die Schwerindustrie der Industrie verteilen. Aber diese Lasten sind nicht wirksam. Was die Industrie anbelangt, so hat sie bis 1. Oktober noch nichts an Reparationslasten zahlen müssen. Für den Zeitraum von 1923 bis 1928 muß die Industrie nicht mehr als 1 Prozent aufbringen, was fast 1/2 Prozent der gezahlten Steuern ist.

In Paris stattgefundene Konferenz der Reparationskommission hat nach der Meinung von Prof. Krogge die endgültige Lösung der Reparationsfrage nicht nur in der Höhe der Reparationslasten, sondern auch in der Verteilung der Reparationslasten auf die verschiedenen Wirtschaftsklassen zu sehen. Die Reparationslasten sind nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Verteilung ungerecht. Die Reparationslasten sind nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Verteilung ungerecht. Die Reparationslasten sind nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Verteilung ungerecht.

# Wirtschaftsbewegung.

## Kommunisten als strenge Hüter der kommunistischen Geheimnisse.

Es ist allgemein bekannt, daß es für die kommunistischen Verbände in Deutschland keine Geheimnisse gibt. Demgemäß sind unsere deutschen Kommunisten auch. Man gibt das Wesen der kapitalistischen Republik zu kennen, man weiß, was die Kapitalisten als die Republik betampfen, man weiß, was die Kapitalisten als die Republik betampfen, man weiß, was die Kapitalisten als die Republik betampfen.

Man kann sich vorstellen, wie enttäuscht der betreffende Arbeiter gewesen ist, als er statt der erhofften Übernahmen für Kapitalisten törichte Versicherungen erhalten hat, daß die Vertreter der Sowjetrepublik des kommunistischen Geheimnisses nicht durchbrechen können. Man kann sich vorstellen, wie enttäuscht der betreffende Arbeiter gewesen ist, als er statt der erhofften Übernahmen für Kapitalisten törichte Versicherungen erhalten hat, daß die Vertreter der Sowjetrepublik des kommunistischen Geheimnisses nicht durchbrechen können.

# Der „aktive“ Kundentag.

In Aukratien, dessen Provinzen zu einem großen Teil von Arbeiterregierungen verfaßt werden, und das sich unter wirtschaftlicher und ausgeglichener sozialer Verhältnisse ereignet, haben zahlreiche Arbeiterorganisationen von Neu-Süd-Wales beschlossen, den bis jetzt geleiteten Propagandtag zugunsten des Aktiventages abzugeben. Die Arbeiter sind allgemein der Ansicht, daß bei der Verwendung moderner Maschinen und der allgemeinen Einführung systematischer Produktionsmethoden der Arbeitstag noch mehr verkürzt und der jetzt geltende Aktiventag aufgehoben werden kann. Die Propaganda für den Aktiventag wird deshalb als „überflüssig“ betrachtet. Mit welchem Gefühl des Mitleids und der Beachtung müssen wohl die Aukratier auf Europa, das Zentrum der „modernen Revolution“, herabsehen, wo in einzelnen Ländern kann die Propaganda für den Aktiventag gebildet wird!

# Streik der Klempner und Installateure in Weiskalen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt aus Essen mit: In den vier Orten Bochum, Duisburg, Düsseldorf und Essen wurde von den Arbeitern in Klempner- und Installationsgewerbe einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitgeber glaubten, durch den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsausschusses dem Kampf Vorschub zu tun. Bei einer Verhandlung mit dem Schlichter für Weiskalen, die auf dessen Einleitung stattfand, mußten die Arbeitgeber erklärt werden, daß ihrem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung wegen Frierenklammis nicht stattgegeben werden könne. Der Vorsitzende dieses Schlichtungsausschusses gab sich alle erdenkliche Mühe, die Parteien einander näher zu bringen. Dieser Versuch scheiterte aber infolge der ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes. Bezeichnend bei diesen Verhandlungen war das Verhalten der Arbeitgeber, die in klarer Weise vorlegten, daß sie als Einzel-Arbeitgeberverband keine Zugeständnisse machen könnten, selbst wenn sie dazu bereit wären. Die Schwerindustrie als solche hindere sie daran. Aus dem weiteren Verlauf der gegenwärtigen Aussprache konnten wir noch entnehmen, daß hier die gesamte Arbeiter-Organisation, gleich von welcher Wirtschaftskategorie, geschlossen jeden Versuch der Arbeitnehmer ablehnt, der den Zweck hat, menschwürdige Zustände für die Arbeitermenschheit zu schaffen. Klara ging hervor, daß die Großindustrie die Führung bei all diesen Kämpfen übernimmt und Verhaltensmaßnahmen an die einzelnen Arbeitgeber erteilt.

# Werden die Straßenbahnen angestellt?

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband schreibt uns: Unter dieser Überschrift bringt das Zentrumsorgan „Schlesische Volkszeitung“ in seiner Nummer am 18. Januar 1923 einen Artikel, der in der Anschauung gerät, daß das Personal der Straßenbahnen ein wesentlich anderes Arbeitsverhältnis (ungünstigeres) hätte, als die übrigen städtischen Arbeiter und daher das Angebotsverhältnis erstreiten. Der angeführte sozialistische Verkehrsverband soll nur das Hindernis für die Erringung der Straßenbahnerwünsche gewesen sein, weshalb wir sehen müßten, was an den Behauptungen wahres ist.

Vor dem Kriege wollte der überwiegende Teil dieses Personals von Organisation nichts wissen, weil sie angeblich keine Arbeiter seien und legten einen besonderen Wert darauf, möglichst viel Löhne und Geld an ihrer Berufsstellung zu haben. Nach der Revolution verfielen sie in das entgegengekehrte Extrem der vollen Gleichgültigkeit. Diese Gleichgültigkeit ging verloren, weil der Verkehrsminister und Arbeiter der Straßenbahnen, K. H. H. H., einmal in Bezug auf den Beschlagnahmenden des Verkehrsverbandes, Senf, erklärte, das sei auch einer, der neben Wilhelm II. an einem Laternenpfahl gehängt werden müßte, weil sein Gleichgültigkeit nicht im Arbeiterischen Sinne mitmachen wolle. Nunmehr ist man wieder in das andere Extrem zurückgefallen. Aber das höchste, bald auf dem Wege, bald auf den Weinen stehen des Straßenbahnerpersonals sollte man sozialdemokratischen Funktionen und solchen der freien Gewerkschaften nicht zum Vorwurf machen, sondern der eigenen Unfähigkeit, logisch denken zu können.

Gegen die Anstellung der Straßenbahner hat selbstverständlich kein Sozialdemokrat etwas einzuwenden, aber eben so selbstverständlich ist es, daß diejenigen städtischen Arbeiter, die größere Arbeitsleistung vollbringen müssen, um ihre Arbeiten auszuführen als das Personal der Straßenbahnen, mindestens das Recht haben, über den Straßenbahner hinaus entlohnt zu werden.

Nun soll der Artikel in der „Schlesischen Volkszeitung“ den Nachweis führen, daß die Tätigkeit eines Straßenbahners eine viel schwerere ist, als die eines städtischen Arbeiters, besonders eines Rärners. Kann aber nicht mit viel größerem Recht gesagt werden, der Rärner ist verantwortlich für den Wert seines Pferdes, dagegen er muß seinen Wagen durch das dicke Gewühl fahren und ist auch nicht entlohnt durch die Polizei vorzuführen, als der Straßenbahner, der niemals außerhalb seiner Schienen fährt; oder der städtische Arbeiter, von dessen Ruhe und Gewissenhaftigkeit es oftmals abhängt, daß nicht ganze Werke durch Explosionen in die Luft gehen. Was weiß dieser Artikelreiber von der Arbeit der übrigen Gemeindearbeiter, zum Beispiel den Dienstausschreitern, die im heißen Sommer in Koksgruben arbeiten müssen, von den Gefahren der Kanalarbeiter und ihrer dreifachen Arbeit von der Arbeitsleistung der Rärner, die über 400 Kubik Müll am Vormittag in den Wagen heben müssen. Der Artikel beruht sich dann weiter auf das Gesundheitschicks des Straßenbahnerdienstes. Als Berufskrankheiten kamen in Frage: Erkrankung der Nerven, frühzeitige Augenkrankheit, chronische Erkältung und Rheumatismus. Diesen Berufskrankheiten und noch einer ganzen Anzahl mehr unterliegen in viel höherem Maße die Gasarbeiter, deren Arbeit gerade der Artikelreiber in der „Volkszeitung“ nicht mit der Tätigkeit des Straßenbahners vergleichen will. Arbeiter, die einmal bis 10 und 12 Grad Kälte und dann wieder bis 65 Grad Hitze ausgeht sind, bei denen sind die Möglichkeiten der Erkrankungen viel größer, als beim Straßenbahner, der sich durch entsprechende Kleidung dagegen schützen kann, was bei den Gasarbeitern gänzlich unmöglich ist, da er Pelze im Reitorienhaus wohl schwerlich tragen kann.

Bei der Entlohnung der Straßenbahnerfrage wird der Magistrat wohl aber über sich fragen müssen, ob es zu verantworten ist, daß man die Straßenbahner finanziell besser stellt, als die Gemeindearbeiter. Jedenfalls ist es Tatsache, daß ein einseitiges Anlernen jeder städtischen Arbeiter irgend eines städtischen Betriebes den Straßenbahner erhöhen kann, aber der Straßenbahner niemals einen städtischen Handwerker und daher kann man es den städtischen Arbeitern nicht verargen, wenn auch sie zu der Überzeugung kommen, daß sie mindestens dasselbe Recht auf Anstellung haben, als das Personal der Straßenbahnen.

Eingangs dieses „Volkszeitungs“-Artikels wird erwähnt, daß man sich jederzeit mit der Anstellungsfrage an einen Rechtsanwalt gewandt habe und wahrscheinlich hat auch dieser Herr aber ein onkretes, der von der unterschiedlichen Arbeitsleistung der Arbeiter nicht den Schimmer einer Ahnung hat, den „Volkszeitung“-Artikel geschrieben.

Was aber legen die städtischen organisierten Arbeiter in den verschiedenen städtischen Betrieben dazu, wenn sie hier auskommen Wege in ihrer Tätigkeit so herabgesetzt werden?

**Beschlussnahme.** Der am Samstag, den 24. Januar, veröffentlichte Artikel über die beschlossene Stilllegung der Straßenbahnen enthält in seinem Inhalt einen unheimlichen Widerspruch. So muß der auf der 7. Seite von oben folgende Satz stehen, damit sich die Privatindustrie nicht so recht vor dem Arbeiter in die Wirtschaft einmischen könne.

# Aus Schlesien.

## Warnung vor einem Auswanderungsagenten.

In deutschen Zeitungen Oberschlesiens erschien vor kurzem ein Inserat, wonach unter einem Kennwort von Grotzsch aus 200-300 landwirtschaftliche und Schachtarbeiter, 100 gelernte Handwerker (Zimmerer, Schlosser, Maurer), einige Konstruktionsarbeiter für sofort bei freier Ueberfahrt nach Südamerika gegen Einzahlung von 1 Blutz für Porto um. gesucht wurden.

Antragende erhielten ein zweiseitiges Schreiben mit allgemeinen, nichtssagenden Beschreibungen und mit der Aufforderung, 20 Mark „zur Ausreisegeldzahlung über Ge.“ einzulösen. Auswanderungswillige, die den Betrag einzahlten, haben von dem Agenten nichts mehr gehört.

Die Schlesische Auswanderer-Beratungsstelle, Breslau 7, Springertstraße 59, III, warnt vor dem Agenten.

## Die Wohnungsverhältnisse in Oberschlesien.

### Errichtung von Landarbeiterwohnungen.

Aus einem im Einverständnis mit den beteiligten preussischen Ministern an den Staatsrat ergangenen Schreiben des Ministers für Volkswirtschaft und Schachtarbeit, 100 gelernte Handwerker (Zimmerer, Schlosser, Maurer), einige Konstruktionsarbeiter für sofort bei freier Ueberfahrt nach Südamerika gegen Einzahlung von 1 Blutz für Porto um. gesucht wurden.

Antragende erhielten ein zweiseitiges Schreiben mit allgemeinen, nichtssagenden Beschreibungen und mit der Aufforderung, 20 Mark „zur Ausreisegeldzahlung über Ge.“ einzulösen. Auswanderungswillige, die den Betrag einzahlten, haben von dem Agenten nichts mehr gehört.

Die Schlesische Auswanderer-Beratungsstelle, Breslau 7, Springertstraße 59, III, warnt vor dem Agenten.

Zur Errichtung von Landarbeiterwohnungen sind außerdem aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge im laufenden Jahre noch rund 2,7 Millionen Mark nach Oberschlesien geschickt. Wegen der Bereitstellung von weiteren 800 000 Mark aus dem gleichen Fonds zum Zweck der Fertigstellung von Wohnungsbauten aus dem Jahre 1923 schweben zurzeit die Verhandlungen mit der Reichsregierung. Sollte wie mit einiger Sicherheit anzunehmen ist, auch dieser Betrag bewilligt werden, so müßten aus öffentlichen Mitteln für Zwecke des Wohnungsbaues in Oberschlesien im laufenden Rechnungsjahr im ganzen rund 10 Millionen Mark bereitgestellt haben oder noch bereitstellen. Die Zahl der in Oberschlesien im Jahre 1924 und zwar im wesentlichen unter Inanspruchnahme der öffentlichen Mittel errichteten Wohnungen wird auf 2500 angenommen, während zurzeit noch etwa 1000 in der Ausführung begriffen sind.

## Schwidnik. Ein Schulstreik ist seit dem 20. Januar in der Gemeinde Schwidnik ausgedehnt.

Die Eltern lassen ihre Kinder nicht mehr zur Schule gehen, weil sie durch die infolge der Neubestellung der Lehrkräfte notwendig gewordene Regelung der Organisationsfrage unzufrieden sind. Auf den Ausgang dieses merkwürdigen Streiks darf man gespannt sein.

**Glogau.** Der Zug Glogau-Berlin. Nach einer Mitteilung des Eisenbahn-Betriebsamtes Glogau ist die Einlegung eines D-Zug-Paars Glogau-Sagan-Berlin und umgekehrt von den beteiligten Direktionen beschlossen worden. Ferner sind Verhandlungen im Gange, den bereits verkehrenden Eilzug Glogau-Sagan bis Glogau und dann weiter bis Frankfurt und umgekehrt durchzuführen.

**Jallenberg.** Ein Revolververbrechen. Der 20. Jahre alte Schlosser Bremke aus Jallenberg bewarb sich um die Hand der 19-jährigen Tochter des Landwirts Preukner aus dem benachbarten Bohltsch, wurde aber von letzterem wegen Trunkenheit abgewiesen. Da der in Wut Geratene den Revolver und traf Preukner in die Brust, so daß er noch in derselben Nacht starb. Frau Preukner erhielt, als sie zugunsten des Mannes eintraten wollte, einen Schlag in die Schulter. Das Mädchen flüchtete in ihre Kammer, wohin ihr Brautbräutigam, der die Tür aushob, dabei aber zu Hilfe kam, so daß das Mädchen entfliehen konnte. In der Nachbarschaft verfolgte Fr. das Mädchen weiter und feuerte auch auf sie einen Schlag ab, ohne aber zu treffen. Der Revolververbrecher wurde gefesselt in das Reichsgefängnis abgeführt.

**Schlesien.** Türkischer Besuch bei der schlesischen Industrie. Der türkische Botschafter in Berlin, General Kamaliedin, der türkische Major Hüsnü Bey und ein türkischer Professor beschäftigten in Begleitung des deutschen Admirals Riper die Werke der Linde-Hofmann-Laufhagen & Co., Breslau, sowie das dieser Gesellschaft gehörige Kalkwerk in Warmbrunn. Hier wird zurzeit für eine schlesische Firma die größte Papiermaschine seit Bestehen der Fabrik hergestellt. Ferner besuchten die türkischen Gäste die Papierfabrik von Friedrich Curtz in Straupitz und die weltbekannte Josephinenhütte in Schreiberhau. Von dort aus unternehmen sie eine Hornschiffahrt auf den Neißer. Die Besichtigungsreise dürfte für das Linde-Hofmann-Laufhagen-Werk von großer Bedeutung sein, da Verhandlungen mit den Läufern über große Lieferungen, besonders des Pulverwerks, im Gange sind.

**Reife.** Genehmigte Steuern. Die von der Stadt verordnetenverammlung beschlossenen 400 Prozent Zuschlag an den Steuer-Grundbeträgen nach dem Gewerbesteuer und 1000 Prozent an dem Steuer-Grundbeträge nach der Lohnsteuer sind vom Staatspräsidenten genehmigt worden.

**Reife.** Durch Gas tödlich verunglückt ist am Freitag der 19. Jahre alte, auf der Wilhelmstraße wohnende Arbeiter Drachschmidt. Vier andere Arbeiter, die mit ihm auf der Wilhelmstraße bei der Anlage eines neuen Schachtes für die Gasserverteilung beschäftigt waren, verunglückten ebenfalls durch Ausströmen des Gases, konnten aber an der Unfallstelle wieder ins Leben zurückgerufen werden, worauf sie ins städtische Krankenhaus gebracht wurden. Drachschmidt hinterläßt eine alle Mutter, deren Ernährer er war.

**Dömsen.** Stadtsverordnetenversammlung. In der Sitzung der Versammlung wurden gewählt: Stellvertreter: Petermann, Vorsteher; Kaufmann Nieger, Stellvertreter; Petermann, Schriftführer; Kaufmann Krapp, Stabsarzt. Der Bau der Kalkanlage im Schloßhofe wurde einstimmig genehmigt. Die Stadt beteiligt sich mit einer Einlage von 20 000 Mark an der Wohnungsbaufürsorge-Gesellschaft. Der bisherige Leiter wurde ein ähnliches Darlehen von 200 000 Mark zur Beschaffung eines Röntgenapparats bewilligt.

**Köln.** Kraftpott-Köln. Ranzig. Von Montag, den 24. Januar, wird die bisher für Wittmoos, Gonnaden und vor Freitagen vorgegebene Kraftpott (ab 12.30, ab Sonntag 1 Uhr) in eine tägliche verkehrende umgewandelt. Möglichst an dem um 1.01 Uhr nach. Ranzig von Ranzig zum Ranzig abgehenden Schnellzug.

**Dresden.** Gegenwärtige Explosion. Durch eine in der Kraschner Papierfabrik erfolgte Explosion wurde der Arbeiter Friedrich aus Oberwitz tödlich verletzt. Zwei weitere Arbeiter und eine Arbeiterin kamen zu leichten Verletzungen davon.

**Stadt-Theater.**

**„Mignon“.**

Das Engagementspiel Maximilian Billimstyns ging unter erschwerenden Umständen von Station. Ersta Sieblich mußte nach dem ersten Akt die Bühnenteilnahme an Wilhelm Tell abgeben, und der Gast war infolgedessen genötigt, sich neben allen Unbequemlichkeiten eines solchen Engagements vor aller Öffentlichkeit auch noch auf eine neue Partnerin einzustellen. Aber Maximilian Billimstyn vertritt auf unserer Bühne keinen fremden Boden und hat außerdem in der Zwischenzeit seiner Abwesenheit aus Breslau die Sicherheit der Eingliederung in ein den Zufällen ausgeleitetes Ensemble nicht verlernt. Er ist im übrigen auch, allem Anschein nach, der nünftige Liebhaber. Sein Tenor hat das ideale Format behalten, schön und biegsam genug, um mit ihm Arrivancen und Komplimente an den Mann bezuglich die Dame zu bringen, aber doch auch wieder zu schwächeln, um im Konkurrenzkampf mit tragenden Stimmen obsiegen. Er ist sich der Begrenztheit seines Tonvolumens offenbar selbst recht wohl bewußt, denn er nötigt seinem Organ keine dynamischen Steigerungen ab, die die Schallwellen über die Hörer hinwegjagen könnten. Auch als Darsteller ist er seiner schon früher an ihm zu beobachtenden Reifezeit treu geblieben. Er behandelt gemäß den Dialog verständlich und überlegt — die Ungeklärtheit, ihn in der Szene

mit Dantes im ersten Akt an das Publikum hat an keinen Partner zu richten, war wohl nur eine momentane Entgleisung — aber das allzu temperierte Gleichmaß herrscht auch hier vor. Als Jenton, Belmonte und Anorel — Rollen, aus denen ihn die meisten Breslauer noch in guter Erinnerung haben werden — wird er höchlich seinen Mann stellen, ob er aber einem größeren Aufgabebereich gewachsen sein dürfte, läßt sich hiernach kaum bejahend entscheiden.

**Arbeiter-Sport**

**Tischball.**  
Weiß I — Sparta 13:1. Zur festgesetzten Zeit stellten sich dem Schiedsrichter Lober (Union) obige Mannschaften. Gleich nach Anstoß beginnt ein ziemlich festes Spiel; doch ist von der erwarteten Überlegenheit Weißs noch nichts zu merken. Erst in der 23. Minute kann Sparta den ersten Erfolg buchen, und eine Minute später kann Kowal I eine schöne Vorlage zum zweiten Tor verwirklichen. Spartas Angriffe werden jetzt gefährlicher und in der 40. Minute kann Schindler ein Tor erzielen. So bleibt es bis Halbzeit. Nach Seitenwechsel das gleiche Bild. Günstige Torchancen werden auf beiden Seiten verpaßt. Das Spiel verliert jetzt an Interesse, weil der vollständig aufgetretene glatte Boden ein besseres Können unmöglich macht. Vor allen Dingen wird der sonst sehr gute Mittelstürmer Spartes dadurch sehr in Mitleidenschaft gezogen.

Sparta vor Schluss kann Gniel (Weiß) das Resultat auf 8:1

Schiedsrichter war seiner Aufgabe vollkommen gewachsen.  
Ergebnisse: Weiß I — Sparta 13:1. Auf dem Gebiet der Arbeiter-Sportvereine macht sich eine deutliche Überlegenheit seitens Weiß bemerkbar, doch vorläufig nichts Fäßbares erzielen. Die gut gestellten Sparten gehen größtenteils aus. Sparta verliert ihr Spiel in Einzelkämpfen. Die gute Hintermannschaft von Sparta ist hier Herr der Lage. Sparta kann durch seinen Mittelstürmer zum Hintereinander zwei Tore auf dem Feld noch dreimal aus dem Kasten holen. Durch ein Glück der Sparten zu einem billigen Erfolge. So bleibt es bis zum Schlussrichter vor dem Spiele ein ruhiger und umsichtiger Felder. Bei der Mannschaft wie aus einem Guß, während bei Sparta die Reihenfolge nicht gleichmäßig ist.

Resultate von Sonntag, den 25. Januar:  
Weiß I — Sparta 13:1. Weiß II — Sparta II 1:2.  
Weiß III 1:2. Union II — Weiß II 0:0. Union I — 1921 I 3:1.  
Weiß II 3:1. Sparta I. Jgd. — Weiß I. Jgd. 1:0. Sparta II. Jgd. 2:1. Sparta I. Jgd. — Sparta II. Jgd. 0:0. Sparta II. Jgd. 4:1. Sparta I — Sparta II 5:1. Sparta II — Sparta I 1:1.

**Werbt ständig für unsere Zeit**

**Großer Inventur-Ausverkauf**

von Montag, den 26. Januar bis Montag, den 2. Februar

Preisherabsetzungen bis 50% in allen Abteilungen

Herrenwäsche / Damenwäsche / Kinderwäsche / Bettwäsche  
Tischwäsche / Gardinen / Trikotagen / Strumpfwaren

**Stein & Koslowsky Breslau Ring 25**

**Familien-Anzeigen**

**Deutscher Verkehrsbund.**  
Am 23. Januar verstarb unser wertiges Mitglied, der Straßenbahnfahrer **Oskar Kuwitzky** im Alter von 45 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren: Die Mitglieder der Geschäftsstelle Breslau, Abteilung Straßen- und Weichenbahn.  
Beerdigung: Dienstag, den 27. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlnowitz, aus.

Am 25. Januar verstarb unser wertiger Kollege, der Straßenbahnfahrer **Oskar Kuwitzky** im Alter von 45 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Frau-Vereinsgruppe des Fahr- u. Verkehrsvereins der Stadt Breslau.  
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlnowitzer Friedhofes aus.

**Bekanntmachung.**  
Sämtliche Grundbesitzerinnen und die Vermieter derjenigen Grundstücke, deren Eigentümer nicht in Breslau wohnen, werden hiermit ersucht, einen Bericht über die Höhe der Einkünfte des Vermögensbesitzes, Einkünfte aus Grundbesitz, Zinsen, Renten, Dividenden oder sonstigen Einnahmen, die im Laufe des Jahres 1924 erzielt wurden, bis zum 31. Januar d. J. anzugeben, damit die Einkünfte der Grundbesitzerinnen und Vermieter für das Jahr 1924 festgestellt werden können.  
Die Vermieter derjenigen Grundstücke, deren Eigentümer in Breslau wohnen, haben die Grundbesitzerinnen an die für den Eigentümer zuständige Stelle abzugeben.  
Breslau, den 25. Januar 1925.  
Die städtische Steuerverwaltung.

**Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Kriegsinvaliden und Kriegserntehelfer.**  
Ortsgruppe Breslau.  
Mittwoch, 28. Januar, abends 8 Uhr, im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Hauptstraße 17.  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht,  
2. Vorstandswahl,  
3. Bericht über Reichs- und Gauorganisation,  
4. Bericht über den Krieg.  
Der Vorstand:  
Praetel, Bogall.  
Sitzung im gr. Saal des Gewerkschaftshauses.

Druckerei Volkswacht  
Breslau 2. Hauptstraße 17.

**Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau**  
Dienstag, 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses:  
**General-Versammlung der Vertreter und Delegierten.**  
Tagesordnung:  
1. Jahres- und Kassenbericht.  
2. Finanzbericht.  
3. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine.  
4. Bericht über den Bauwesen.  
Vollständiges Erscheinen erbeten.  
Neben dem Ausweis Mitgliedsbuch mitbringen.  
Der Vorstand.

**Betrifft: Augengläser**  
1. Gewissenhafte Schärpfung u. Garantie für passende Gläser bei Optiker Sitte, Breslau, 8 Alte Taschenstraße 8.  
2. Für jede Gesichtsbildung und jeden Geschmack passende Fassungen bei Optiker Sitte, Breslau, 8 Alte Taschenstraße 8.  
3. Preise zum Teil billiger als 1914, daher für jedermann erschwinglich bei Optiker Sitte, Breslau, 8 Alte Taschenstraße 8.

**Ihr Geschmack!**  
Keine Feinsten- oder Vereinsten- ohne **Rolle Fruchtweine, Edel-Röhrer und Spirituosen.**  
Erhaltung jeder Festhaltung, dabei durch höchsten Bezug äußerst preiswert. Verlangen Sie Probeste. Versand über ganz Deutschland.  
**R. G. Rolle, Reichmann I. St. No. 114.**

**Schuhmacher-Zwangsinnung**  
Eltern, die ihre Kinder des Schuhmacherhandwerkes erlernen lassen wollen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Anmeldung nur in der Kantabteilung der Schuhmacher-Zwangsinnung, Hauptstraße 12, zu erfolgen hat.  
Erwünscht: Abgangszeugnis der 1. Klasse.  
Der Vorstand.



**TEEKANNE**  
„der Gehaltvolle“  
Deshalb der Billigste u. zugleich der Feinste Tee im Verbrauch

**Für Alljünges**  
und Matrigen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Kräftes nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Verbesserung nicht übernommen werden.  
Verlag der Volkswacht

**„Lachen links“**  
Das Witzblatt der Republik  
Heft 25 Pfennige.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung und die Zeitungsträgerinnen

**Metallbetten**  
Stahlmatt., Kinderbetten  
Str. an Brno, Katalog 614 frei  
Güterbahnhof Suhl (Thür.)  
**Arbeitsmarkt**  
Schuhlebenshändler  
Lippert, Heinrichstraße 16.

**Tüchtige Automotoren-Schlösser**  
welche mehrere Jahre im Motorenbau gearbeitet haben, bei guter Bezahlung gesucht. Offerten unter St. 10 an die Geschäftsstelle der Zeitung

Besonders empfehlenswert ist diesmal der neue Arbeiter-Notizkalender unter dem Titel:  
**Taschenbuch der Arbeit.**  
Wesentlich größeres Format als früher, sehr schöner hellroter Ganzleinenband mit Goldprägung  
**Mk. 1.50**  
Aus dem wertvollen Inhalt:  
Personalien, Kalendarium bis 1930, bewegliche Feste der Christen und Juden bis 1928, Renner: Ferd Lassalle, Kampfmeyer: Deutsche Revolution Bruno H Bürgel: Weltbild Walpor: Stählerne Straße Engelb. Graf: Rätsel der Erdkruste Möbus: Radio. Schikowsky: Tanz als Massenkunst Kraft: Mein Garten. Wendel: Imperialismus in der Karkatur. Zell: Angriffspläne Löwin Adressen, Parteipresse, Parteibuchhandlungen und Parteizeitschriften, Bildungsausschüsse, A. J., Gewerkschaftsadressen, Gewerkschaftspresse, Arbeiterssekretariate, Gewerkschaftshäuser, verschiedene Organisationen, Posttarif, Maße und Gewichte, Adressenliste, Datumliste, Volksbühnengemeinden u. a. m.  
Zu beziehen durch  
**Volkswachtbuchhandlung** **BRESLAU III, Neue Grapenstraße 5**  
Auswärts nur gegen Voreinsendung von Mk. 1.40.